

Professorin em. Dr. sc. oec. Uta Meier-Gräwe.

**Weingarten: die Bronx von Freiburg?**

***Steckbrief eines Stadtteils mit besonderen Entwicklungsbedarf***

**März 2021**

## **Armutsprävention**

"Das fängt an bei armutsfesten Löhnen und einer deutlichen Entlastung von Geringverdienenden bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und geht über mehr bezahlbaren Wohnraum, auch für Familien mit geringem Einkommen, bis hin zu einer chancengerechteren Gestaltung des Bildungssystems. (Thomas Krüger, Präsident des Deutsche Kinderhilfswerks)

*„Die meisten unserer Schulsysteme sind darauf ausgerichtet, Menschen zu sortieren und auszusortieren und nicht darauf, Chancen zu eröffnen und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Lernenden gerecht zu werden.“ (zitiert nach A. Schleicher, 2019, Weltklasse: Schule für das 21. Jahrhundert gestalten)*

„Das wirkliche Hindernis einer Bildungsreform sind aber nicht konservative Mitläufer, sondern konservative Führungskräfte: Führungskräfte, die populistische Methoden nutzen, um den Status Quo zu sichern.“ (zitiert nach A. Schleicher, 2019, Weltklasse: Schule für das 21. Jahrhundert gestalten)

### **1. Weingarten - Ein erster Einblick: Potenziale und Probleme**

Weingarten hat ca. 11.100 Einwohner\*innen und ist Freiburgs bevölkerungsreichster Stadtteil. Er grenzt an die Stadtbezirke Haslach, Betzenhausen und Rieselfeld. Ein ca. 3 Hektar großer See bildet das Naherholungsgebiet des Stadtteils.

Einige Quartiere von Weingarten wurden zwischen 1964 und 1966 als Reaktion auf die seinerzeitige Wohnungsnot von der Freiburger Stadtbau mehr oder weniger als „Schlafstadt“ errichtet. Es handelt sich vornehmlich um Hochhäuser, die anders als es der beschauliche Name „Weingarten“ vermuten lässt, bis heute die Sky Line des multikulturellen Stadtteils prägen. Seit 2009 gibt es in Weingarten immerhin das erste Passiv-Hochhaus. Das "Buggi 50" wurde komplett saniert und verbraucht jetzt 78 Prozent weniger Energie als früher.

In Weingarten wohnen aber auch die meisten Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf engstem Raum zusammen. Die verdichtete Bauweise und die erst nachträglich und punktuell geschaffene Infrastruktur „vor Ort“<sup>1</sup> erzeugt daher nicht von ungefähr vielfältige soziale Probleme ebenso wie ein gewisses Konfliktpotenzial im nachbarschaftlichen Zusammenleben zwischen Jung und Alt. Dennoch liegt die reale Kriminalitätsrate hier deutlich niedriger als die „gefühlte“ Wahrnehmung unter der Freiburger Bevölkerung, die den Stadtteil Weingarten mitunter mit der Bronx von New York vergleicht. Denn: Bei den Straftaten liegt Weingarten im städtischen Vergleich erst an fünfter Stelle. Hier, so schätzte das 2019 ein Vertreter vom Polizeiposten Weingarten ein, habe sich eine Rapper-Szene entwickelt, aus der heraus es Einzelne bis zu Plattenverträgen geschafft hätten. Das sporne

---

<sup>1</sup> Bislang fehlt es zum Beispiel an einer weiterführenden Schule ab Klasse 5, in der die Bildungsbiographien der ortsansässigen Kinder im Übergang von der Grundschulzeit zur nächsten Schulstufe gut begleitet und unterstützt würden, ebenso an einer lebendigen Café- und Restaurantkultur, die es sonst in Freiburg reichlich gibt, oder auch an Einrichtungen des produzierenden Gewerbes und von jungen Start-up-Unternehmen, die den Jugendlichen aus Weingarten echte Teilhabechancen und berufliche Perspektiven bieten könnten.

derzeit viele Jugendliche an, die das nachmachen wollten und ihre Videos speziell vor Hochhäusern filmten, um den vermeintlichen Ghetto-Bezug zu betonen. Diese Jungs wirkten jedoch meist "gefährlicher als sie sind." (BZ vom 19.05.2019).

In Weingarten wohnen mehr Kinder und Jugendliche und mehr alte Menschen, mehr Migrant\*innen und sehr viel mehr Menschen aus Minderheiten, aber auch deutlich mehr Arbeitslose und arme Menschen als im Freiburger Durchschnitt. Fast die Hälfte der Einwohner\*innen hat eine Migrationsgeschichte. Jeder fünfte Haushalt und überdurchschnittlich viele Menschen unter 65 Jahren leben von staatlichen Transferleistungen. Auch viele ältere Menschen haben ein sehr geringes Einkommen.

Gleichwohl verfügt Weingarten auch über erhebliche und Freiburg bereichernde Potenziale, die allerdings von der Stadtgesellschaft überhaupt erst „entdeckt“, gefördert und unterstützt werden müssten: Kein anderer Stadtbezirk ist so jung, nirgendwo in Freiburg werden so viele Sprachen von mehr als 100 Nationen, die hier leben und soziale Kontakte in die ganze Welt haben, gesprochen und in keinem anderen Stadtteil lassen sich so vielfältige kulturelle Einflüsse finden wie hier. Es gibt in Weingarten auch eine ganze Reihe von sehr guten quartiersbezogenen Ansätzen und zivilgesellschaftlichem Engagement. Zudem wurde in den letzten Jahren in Einrichtungen frühkindlicher Bildung investiert. Leitungskräfte und Mitarbeiter\*innen der Adolf-Reichwein-Grundschule und des SBBZ mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung übernehmen ganz wichtige Aufgaben der sozialen Integration der Grundschul Kinder im Stadtbezirk Weingarten. Gleiches gilt für das Mehrgenerationenhaus EBW Freiburg mit Mittagstisch, Fahrrad- und Holzwerkstatt, Yogakursen, offenen Spieltreffs usw. Die Frage ist, ob diese Angebote in Relation zu der großen Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien in Armutslagen, die in Weingarten leben, ausreicht. Dieser Bericht versucht, faktenbasiert einige Antworten zu geben, vor allem mit Blick auf Bildung.

Die Wahrnehmung der Lebensqualität in Weingarten ist sehr unterschiedlich – je nachdem, wen man fragt. Während Studierende wie Lucas D., der sein Studium der Medienkulturwissenschaft abgeschlossen hat, und der 21-jährige Felix N., gern hier wohnen und sich über die niedrigen Mieten in den Hochhäusern freuen, fühlt sich der „ultraspießige Kleingärtner“ schon durch umherstehende Einkaufswagen in seiner Lebensqualität beeinträchtigt, wie er feststellt (Fudder.de, 26.3.2015 und 19.12.2019). Felix schwärmt von der Spinnwebe, einem beliebten Second-Hand Laden, in dem es von Büchern und Filmen bis zu Weihnachtskugeln und Bettgestellen alles gibt: "Immer samstags ist da 30 Prozent Rabatt und dann kommen die hippen Studierenden aus den anderen Stadtteilen angereist." Dann sieht man sie auf den Straßen, die Dr. Martens-, Rasta-Locken- und Alpaka-Pullis-Trägerinnen, die sich sonst selten nach Weingarten verirren (Ebenda).

Genau das ist jedoch eines der strukturellen Probleme von Weingarten. Viele Migrant\*innen und arme Menschen mit geringen Einkommen bleiben über Jahrzehnte in diesem Stadtbezirk hängen. Das betrifft auch viele Jugendliche, die hier seit ihrer Geburt leben oder als Kind nach Deutschland kamen. Der 25-jährige Italiener Mario, erinnert sich. „Vor 10 Jahren hatte hier jeder ein Messer oder einen Schlagring. Heute ist das nicht mehr so. Die Leute geben ihr Geld lieber für Drogen aus.“ Und mit Blick auf die nachwachsende Generation im Stadtteil sagt er: „Schau dir Hip-Hop heute an: Party, Kohle, Drogen. Die leben danach. Das zeigt für mich, dass die Kids hilflos sind. Ihr Hauptschulabschluss ist heute einen Dreck wert. Damit kannst du doch nicht anständig verdienen. Und dann hängst du halt ab und baust irgendwelchen Mist.“ (fudder.de)

Viele Kinder und Jugendliche aus Weingarten wissen, dass ihr Wohnquartier ein negatives Image in der Stadt hat und schämen sich daher oft, ihre Wohnadresse überhaupt zu nennen. Ihre Alltagsrealitäten und Zukunftsperspektiven unterscheiden sich folglich ganz elementar von denen der Student\*innen, die hier derzeit relativ preisgünstig wohnen: Während Studierende wie Lucas D. und Felix N. nach Abschluss ihres Studiums selbstverständlich weiterziehen, um ihre Berufskarriere anderswo zu starten, sind die Bildungs-, Lebens- und Berufsaussichten vieler Kinder und Jugendlichen aus Weingarten, zumal mit einer Migrationsgeschichte, bis heute unvergleichlich schlechter.

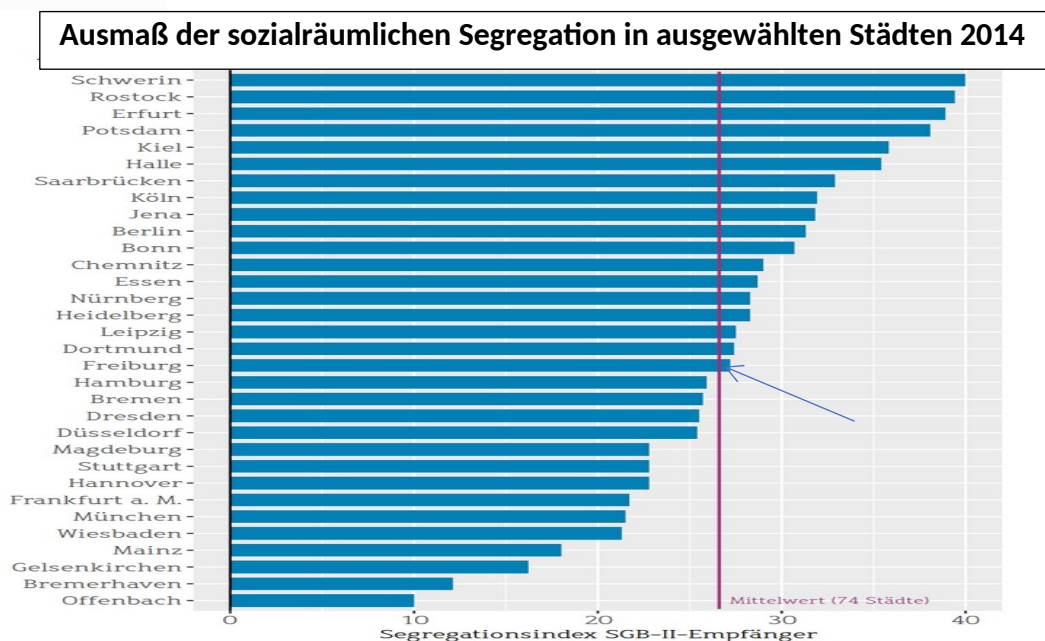
## **2 Die Ausbreitung von Armutsquartieren und ihre Folgen**

In Deutschland vollzieht sich auf kommunaler Ebene seit Jahren eine soziale Entmischung von Stadtteilen, was sich auch im Anstieg von Wohnquartieren mit überproportional hoher Anzahl von Familien mit vielfältigen Problemlagen niederschlägt. Darauf verwies bereits vor mehr als 10 Jahren der renommierte Stadtsoziologe Hartmut Häußermann: Solche sozialräumlichen Settings seien gleichbedeutend mit manifesten Sozialisationskontexten, die ihrerseits sozial strukturierend wirken (Häußermann 2010:25). Sie generieren „spezifische Kontexteffekte“, die zu einer **Verschlechterung der Bildungs- und Lebenschancen der dort lebenden Kinder** führen: Wenig anregungsreiche Sozialräume mit einer Konzentration von Bewohner\*innen in armen und prekären Lebenslagen können somit selbst soziale Exklusion erzeugen, wenn sie aus den städtischen Funktionszusammenhängen herausfallen bzw. nicht mehr anschlussfähig sind bzw. von der übrigen Stadtgesellschaft so eingeschätzt werden. Dadurch verstärkt sich herkunftsbedingte Benachteiligung: diese sozialen Nahräume entfalten als Sozialisationsorte keine kompensatorischen und schützenden Wirkungen mehr. Vielmehr erweisen sie sich als sozialräumlicher Risikofaktor, der zusätzliche Formen von sozialer Ausgrenzung von armen Kindern und ihren Eltern hervorbringt. Das kann der Fall sein bei symbolischer Ausgrenzung in Form von Stigmatisierung, wenn beispielsweise ein Wohnquartier als „sozialer Brennpunkt“ kommuniziert und wahrgenommen wird. Oder aber dadurch, dass durch die sozialräumliche Konzentration deprivierter Bevölkerungsgruppen in einem Stadtteil die Träger von relevanten Informationen und sozialen Netzwerken nicht mehr im Quartier leben und dadurch die Zugänge ortsansässiger benachteiligter Bewohner\*innen zu zentralen Handlungsfeldern wie Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abgeschnitten oder zumindest stark eingeschränkt sind. Schließlich bedeutet der verstärkte Wegzug von integrierten Mittelschichtsangehörigen, dass auch die Ressourcen zur politischen Organisation und Repräsentanz abgezogen werden, was die Marginalisierung armer Bevölkerungskreise wiederum verstärkt (Ebenda).

Tatsache ist, dass die sozialen Milieus in vernachlässigten und verarmten Wohnquartieren in jedem Fall einen wirkmächtigen Sozialisations- und Erfahrungsraum für benachteiligte Kinder und Jugendliche bilden. In solchen Sozialräumen und Wohnquartieren werden zwar durchaus Kulturtechniken des Überlebens und damit milieuspezifische Kompetenzen erworben, um einen Alltag unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zu bewältigen („Culture of Poverty“). Allerdings bieten solche Sozialisations- und Erfahrungsräume – wenn sie keine Aufwertung erfahren – wenig, um sich die Fähigkeiten und das Know How anzueignen, die für eine Lebensführung in der Mitte einer Stadtgesellschaft erforderlich sind.

In einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (Helbig; Jähnen 2018) wurde nachgewiesen, dass Menschen in Armutslagen in deutschen Städten zunehmend konzentriert in bestimmten Wohnvierteln leben. Als „historisch beispiellos“ wird in dieser Studie die Dynamik bezeichnet, mit der die sozialräumliche Spaltung der ostdeutschen Städte binnen weniger Jahre zugenommen hat. Dieses Niveau sei bisher nur aus amerikanischen Städten bekannt (Ebenda). Doch auch in der Stadt Freiburg ist diese Segregationstendenz ausgeprägt vorhanden: Mehr als 25 Prozent der Menschen im SGB II - Bezug müssten in andere Stadtteile umziehen, um gesamtstädtisch eine ausgeglichene sozialstrukturelle Mischung zu erreichen. Das ist nicht einmal in Ansätzen zu erkennen. Im Gegenteil. Es ist davon auszugehen, dass sich die beschriebene Tendenz der Wohnsegregation in den vergangenen 7 Jahren seit 2014 aufgrund der rasanten Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärft hat. (Vgl. Abbildung 1):

Abbildung 1:



Quelle: Helbig/Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Berlin.

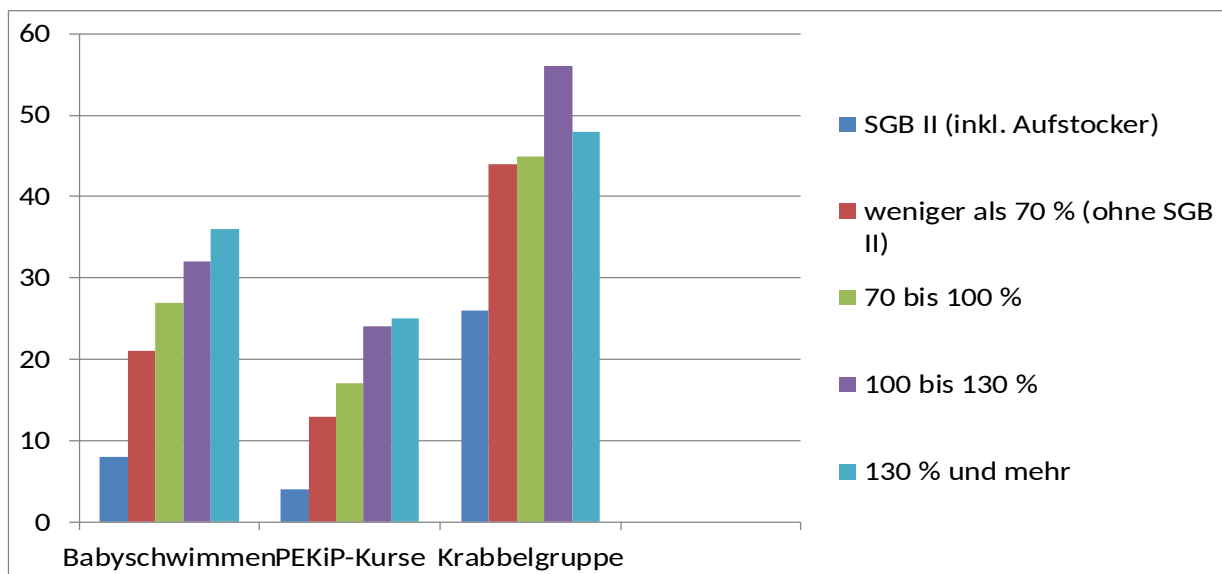
### 3 Erschöpfte Familien – Kinderarmut ist immer auch Familienarmut

In der öffentlichen Diskussion über die Armut von Kindern ist aus guten Gründen immer wieder auf das Phänomen der Mehrdimensionalität von Armutslagen im Kontext ihrer Herkunftsfamilie verwiesen worden. Armut ist eben nicht nur finanzielle Armut, sondern geht häufig mit beengten Wohnverhältnissen, geringen Bildungsabschlüssen der Eltern, mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und mangelnder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einher. Ein geringes finanzielles Budget engt die Handlungsmöglichkeiten der Eltern von vornherein erheblich ein. Diese Tatsache wird in Deutschland vergleichsweise selten wahrgenommen; stattdessen überwiegen Medienberichte, die sich auf spektakuläre Beispiele fokussieren, wo sich Eltern nachweislich nicht an kindlichen Bedürfnissen orientieren. Dabei wird immer wieder unterschätzt, welche hohe Kraftanstrengung den Familien in Armutslagen bei der Bewältigung ihres schwierigen Alltags abverlangt wird (Andresen/Galic 2015/Bertelsmann Stiftung 2020).

Aus der Armutsforschung ist zudem bekannt, dass selbst extreme Folgeerscheinungen von Armut wie „Misshandlungen und Vernachlässigungen in den meisten Fällen Endpunkte einer von den Eltern nicht gewollten, verhängnisvollen Entwicklung sind, an deren Anfang vielfältige Überforderungen stehen“ (Kindler, Sann 2007). Zudem bestätigen diverse Studien zur Lebenssituation von Familien mit geringem Einkommen, dass die wenigsten Eltern am Bedarf ihrer Kinder sparen (Diakonisches Werk Braunschweig 2011; VAMV 2017). Gleichwohl sind sie größtenteils nicht in der Lage, ihren Kindern auch nur annähernd die Standards der Mittelschichten zu ermöglichen, etwa bei den erforderlichen Bildungsmitteln. In der Konsequenz erleben Kinder aus Haushalten, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, einen ganz anderen Alltag wie Gleichaltrige aus Haushalten mit gesicherten Einkommen.

Die Studie „Eltern wollen Chancen für ihre Kinder“ hat ebenfalls schon vor Jahren repräsentativ für Deutschland aufgezeigt, dass es inzwischen einen „sozialen Gradienten“ im Zugang zu Freizeitangeboten bereits von Geburt an gibt (Vgl. Abb. 2 und 3):

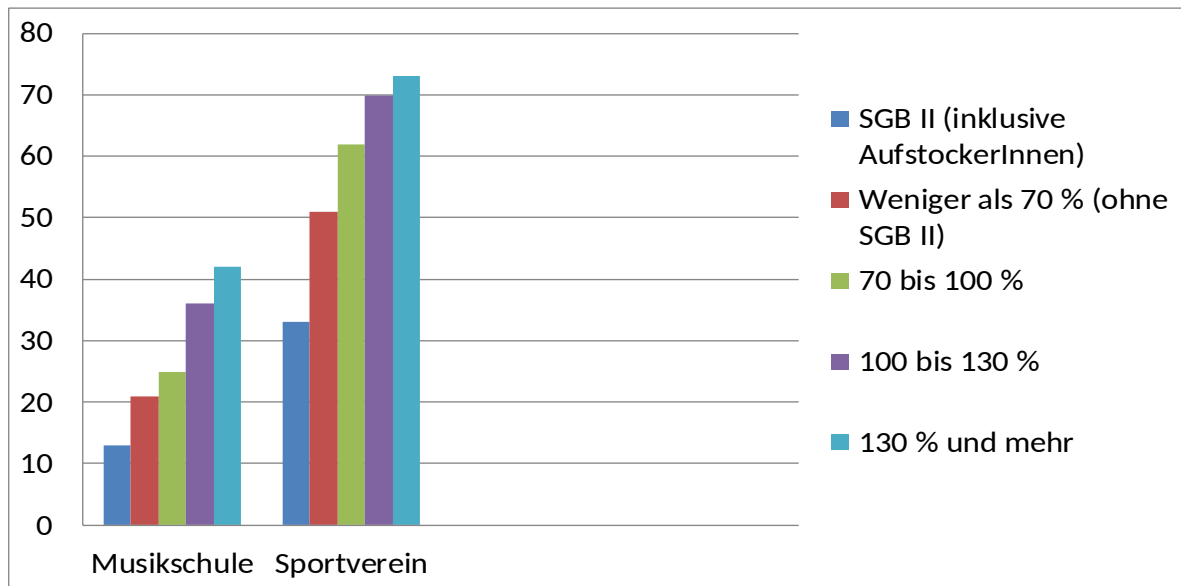
**Abbildung 2: Anteil der Kinder unter 24 Monaten, die an organisierten Freizeitangeboten teilnehmen, abhängig vom Familieneinkommen\* (in Prozent)**



\*Anteil des Familieneinkommens am äquivalenzgewichteten Medianeinkommen

Datenbasis: Sonderauswertung AID: ADJI-Survey 2009

**Abbildung 3: Anteil der Kinder ab 24 Monaten, die an organisierten Freizeitangeboten teilnehmen, abhängig vom Familieneinkommen\* (in Prozent)**



\*Anteil des Familieneinkommens am äquivalenzgewichteten Medianeinkommen  
Datenbasis: Sonderauswertung AID: ADJI-Survey 2009

Im Dezember 2019 musste Bundesbildungsministerin Anja Karliczek eingestehen, dass die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie wiederum so gar nicht zum politischen Anspruch passen, in Deutschland Bildungsgerechtigkeit herstellen und kein Kind zurücklassen zu wollen. Die Befunde der weltweit größten Schülerleistungsstudien wiesen eine Verschlechterung von Leistungen der Schüler\*innen gegenüber 2015 nach. Bedenklich gewachsen ist zudem die Gruppe der Schüler\*innen, die nur auf dem untersten Kompetenzniveau oder darunter lesen und rechnen können (OECD 2019).

Daraus ist abzuleiten, dass Deutschland nur dann ein dauerhafter Aufschwung oder sogar der Weg in die Spitzengruppe der internationalen Bildungsnationen gelingen wird, wenn auch Kinder aus bildungsfernen Familien gezielt und kontinuierlich gefördert werden. Begriffe wie Präventions- und Bildungskette werden in diesem Zusammenhang in den einschlägigen Fachdiskursen verwendet, um die Relevanz von niedrigschwelligen, im Wohnquartier vorzuhaltenden Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu unterstreichen. Hinzu kommt das Erfordernis, biographische Übergänge im Kindes- und Jugendalter verlässlich zu begleiten, da sie – wie die Übergangsforschung nachgewiesen hat – oft Knotenpunkte und vulnerable Statuspassagen für den weiteren Lebenslauf darstellen (z. B. Übergang Partnerschaft – Elternschaft, Übergang Grundschule – weiterführende Schule).

#### ***4 Weingarten – ein Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf in der südlichsten Großstadt Deutschlands***

Freiburg verfügt seit einigen Jahren über eine insgesamt sehr gute Datenbasis und damit über eine der entscheidenden Voraussetzung für faktenbasierte politische Entscheidungen. Bemerkenswert ist zudem, dass für einige wichtige Indikatoren nicht nur eine gesamtstädtische Datenanalyse erstellt wurde, sondern außerdem eine kleinräumige Aufschlüsselung von Daten nach Stadtteilen vorliegt, die jährlich aktualisiert wird.

Zielgenaues lokales Handeln setzt in jedem Fall eine solche kleinräumige Datenbasis voraus. Das trifft für unterschiedliche Handlungsfelder von Politik zu: Auch eine verbesserte soziale Integration sozioökonomisch deprivierten Familien, ihre Gesundheitsförderung oder die allseitige Bildung von ortsansässigen benachteiligten Kindern und Jugendlichen kommt heute ohne eine kleinräumige Betrachtung der lokalen Entwicklung ebenso wenig aus wie etwa die Altenhilfeplanung. Dazu bedarf es statistischer Messdaten, die eine gewisse Vergleichbarkeit von Stadtteilen und Wohnquartieren ermöglichen, ohne deswegen je spezifische örtliche Gegebenheiten zu übersehen (Mardorf 2006). Seit einigen Jahren sind die Schwierigkeiten bei der Sammlung von belastbaren Daten in verschiedenen Ämtern und Zuständigkeitsressorts der Städte und Gemeinden bundesweit überwunden worden, nachdem in einer breiten Fachöffentlichkeit von Wissenschaft und Kommunalpolitik ein breiter Konsens über das Erfordernis einer kontinuierlichen, kleinräumigen und zeitnahen Berichterstattung zu den Lebens- und Versorgungslagen ortsansässiger benachteiligter Bevölkerungsgruppen erreicht wurde.<sup>2</sup>

Der sozialplanerische und kommunale Nutzen einer kleinräumigen Sozialberichterstattung ist ein vielfacher:

- Sich gemeinsam mit den Datenverantwortlichen und Verwaltungsangestellten auf Regeln, Standards, statistische Bezirke und Zuständigkeiten für die Datensammlung und -pflege zu verständigen und zugleich das Prinzip „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“ begründet zu verfolgen, erspart den Kommunen mittelfristig Zeit und erhebliche Personalkosten.
- Der Zugang zu EU- und anderen Fördermitteln (z. B. mit Schwerpunkten wie Entwicklung von Stadtregionen oder kooperative Stadtprojekte) kann in Zukunft nur erschlossen werden, wenn die Antragsteller eine bestimmte Datenqualität und ihre Vergleichbarkeit nachweisen können.

---

<sup>2</sup> In den vergangenen Jahren wurde am Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen unter Leitung der Autorin des vorliegenden Berichts ein lebenslagen- und haushaltsbezogenes Datenmodulsystem zur Qualifizierung und Vergleichbarkeit kommunaler Sozialberichtsvorhaben entwickelt. Diese Projekte basierten auf einer detaillierten Auswertung von mehr als 100 bundesweiten Armuts- und Sozialberichten. Es ging im Wesentlichen darum, die im Verwaltungsvollzug der kommunalen Akteure vorhandenen, aber bisher nicht genutzten Daten zu sichten, zu strukturieren und für eine systematische Dauerbeobachtung kommunaler Entwicklungsprozesse zu nutzen. Auswahl und Strukturierung von verfügbaren und aussagekräftigen Indikatoren für unterschiedliche Lebenslagen (Finanzen, Bildung, Wohnen, Gesundheit, gesellschaftliche Teilhabe) erfolgte mit dem Ziel, Kommunen in kürzester Zeit in der Lage zu versetzen, mit einem relativ geringen Aufwand eine Dauerbeobachtung kommunaler Entwicklungsprozesse einzuleiten und dadurch insbesondere die Dynamik der Entwicklung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in einzelnen Sozialräumen zu dokumentieren. (Vgl. z. B. Meier-Gräwe, U.; Löser, D. (2006), Projekt "Aufbau einheitlicher Sozialräume für die Universitätsstadt Gießen zur Implementierung des interkommunalen sozialräumlichen Monitoringsystems der Städte Gießen und Wetzlar."



- Außendarstellung: Stärken und spezifische Ressourcen einer Kommune/eines Sozialraums lassen sich im Vergleich mit anderen überzeugender dokumentieren.
- Ein stimmiges Konzept zur Sozialberichterstattung kann schließlich Vorbildcharakter für andere Kommunen/Sozialräume haben.

Eine fachlich fundierte, kleinräumig angelegte Sozialberichterstattung bildet die Basis für kommunalpolitisch effektive Entscheidungen und erhält die Funktion eines kommunalpolitischen Planungs- und Steuerungsinstruments. Durch eine gute Dokumentation und Evaluation von finanzierten Maßnahmen und Infrastrukturkosten wird es möglich, kommunalpolitische Entscheidungen transparent zu machen und bestimmte Prioritätensetzungen für die Bürger\*innen nachvollziehbar werden zu lassen: So kann beispielsweise durch die Identifizierung von bildungsbenachteiligten Kindern und ihren Eltern in bestimmten Sozialräumen begründet abgeleitet werden, warum auch in Zeiten knapper Kassen kommunale Finanzmittel im Interesse besserer Bildungs- und Lebenschancen gerade dort investiert werden (Mardorf 2006).

Um einen Überblick zur sozialräumlichen Situation und infrastrukturelle Ausstattung des Freiburger Stadtteils Weingarten zu erhalten, wurde auf folgende Quellen zurückgegriffen:

- Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg im Breisgau (2018): Beiträge zur Statistik. Freiburg im Breisgau, Stadtbezirksatlas.
- Dezernat für Umwelt, Jugend, Schule und Bildung/Amt für Bildung (2020): Schulentwicklungsbericht der Stadt Freiburg 2020.
- Online: <http://fritz.freiburg.de>
- Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Stuttgart (2020): Kindergesundheitsbericht Baden-Württemberg.

Nachfolgend werden relevante sozialräumliche Indikatoren vorgestellt und zwar im Vergleich zur Stadt Freiburg insgesamt sowie zu zwei ausgewählten anderen Stadtbezirken. Der Stadtbezirk Oberwiehre repräsentiert dabei einen besonders privilegierten Sozialraum, beim Stadtteil Rieselfeld&Mundenhof handelt es sich um einen zusammengefassten Sozialraum mit vergleichbar hoher Kinderzahl wie in Weingarten.

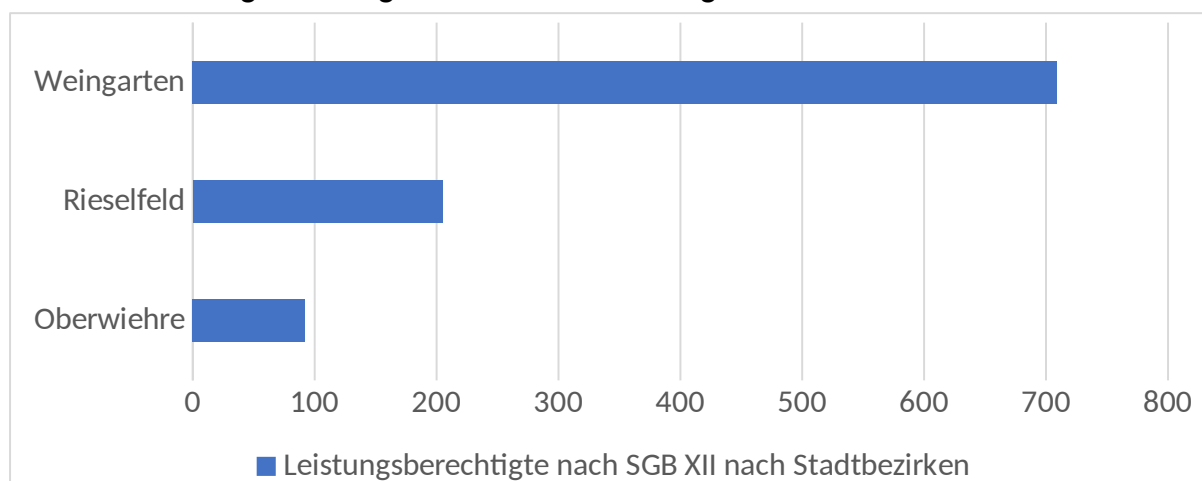
**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren zum 1.01.2018**

	FREIBURG	WEINGARTEN	OBERWIEHRE
Durchschnittsalter in Jahren	40,4	40,7	41,3
Abhängigkeitsquote (in%)	42,8	47,9	42,0
Proportion der Alten zu den Jungen (in %)	122,4	108,0	123,5
Ausländer*innenanteil (in %)	16,9	26,2 (+55,2 %)*	9,1 (- 46,1 %)*
Anteil Deutsche mit Migrationshintergrund (in %)	11,6	23,0 (+98 %)*	7,5 (- 35,4 %)*
Zusammengefasste Fruchtbarkeitsziffer (2014-2017)	1,3	1,6	1,2

Durchschnittliche Haushaltsgröße in Personen	1,8	2,2	1,7
Durchschnittliche Wohndauer an der Adresse in Jahren	9,8	10,1	9,9
Beschäftigtenanteil (in%)	49,9	50,4	47,1
Arbeitslosenanteil (in %)	3,7	9,6 (+ 156,5 %)*	3,0 (-20,6%)*
Anteil Leistungsempfänger*innen – SGB II und SGB III	8,4	24,4 (+ 191,9 %)*	5,3 (- 36,3 %)*
Durchschnittliche Anzahl Wohnungen je Wohngebäude	4,0	8,4	4,8
Durchschnittliche Wohnfläche pro Person (in m <sup>2</sup> )	37,2	34,6	42,8
Durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung in m <sup>2</sup> )	75,5	73,3	80,8
Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017 (in %)	80,9 (AFD: 7,2 %)	63,5 (AFD: 14,9 %) <sup>3</sup>	88,9 (AFD: 3,8 %)
Kommunalbarometer „Wohnen Sie gerne in Ihrem Wohngebiet? (in %)		70	93

\* Abweichungen vom Wert der Stadt Freiburg (gesamt) zum 1.1.2018

**Tabelle 2: Leistungsberechtigte nach SGB II nach ausgewählten Stadtteilen 2019**



**Tabelle 3: Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Vergleich (1.01.2018)**

Kinder und Jugendliche	Weingarten	Oberwiehre	Rieselfeld & Mundenhof
<b>unter 3 Jahren</b>	<b>415</b>	<b>219</b>	<b>339</b>
<b>3 bis unter 6 Jahren</b>	<b>428</b>	<b>185</b>	<b>317</b>
<b>6 bis unter 15 Jahren</b>	<b>1.120</b>	<b>508</b>	<b>1.256</b>
<b>15 bis unter 18 Jahren</b>	<b>356</b>	<b>137</b>	<b>517</b>
<b>Kinder gesamt 0-18 Jahre</b>	<b>2.319</b>	<b>1.049</b>	<b>2.429</b>
<b>Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren</b>	<b>1.283</b>	<b>657</b>	<b>1.416</b>
<b>darunter Alleinerziehend</b>	<b>371</b>	<b>155</b>	<b>321</b>

<sup>3</sup> Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14.03.2021 wurde die AfD von 13,89 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in Weingarten gewählt. Das ist der höchste Wert im Vergleich aller Freiburger Stadtbezirke und mehr als sieben Mal so häufig wie im Stadtbezirk Oberwiehre (1,8 Prozent).

**Tabelle 4: Infrastruktur für Kinder und Jugendliche im Vergleich (1.01.2018)**

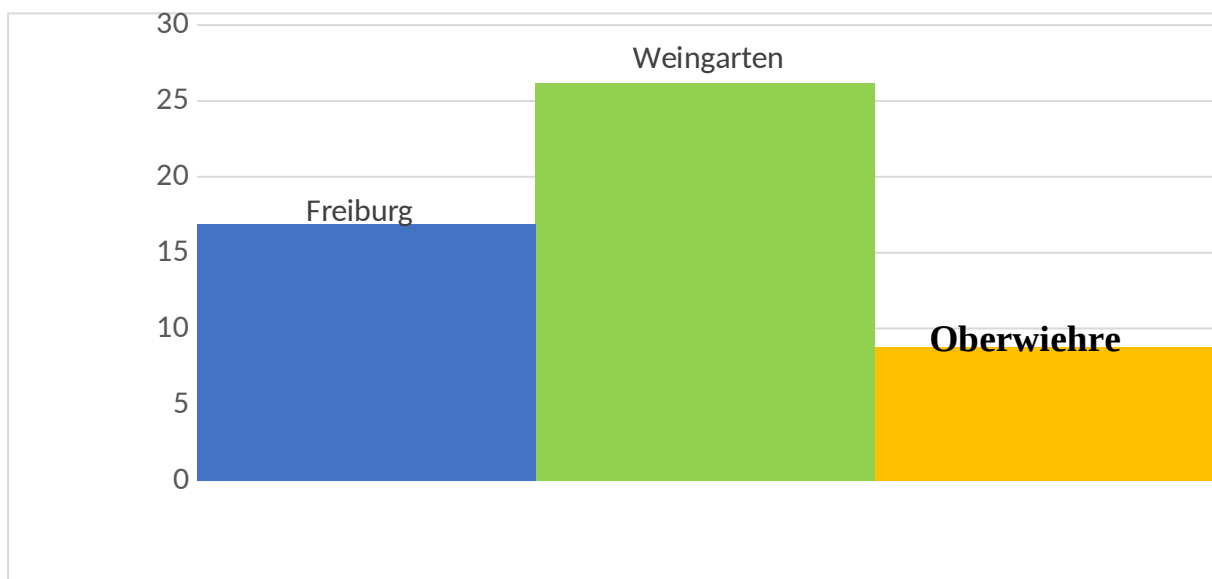
	Weingarten	Oberwiehre	Rieselfeld & Mundenhof
<b>Kindertageseinrichtungen/-tagespflege</b>			
für unter 3-Jährige	3	9	11
für 3- 6-Jährige	1	1	4
für beide Altersgruppen	7	2	5
<b>Öffentliche Schulen</b>			
Grund-/Werkreal- und Gemeinschaftsschulen	1	1	2
Realschulen		1	
Gymnasien und Gesamtschulen			1
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren		1	
Schulkindergärten	1		
Berufliche Schulen		1	
<b>Privatschulen</b>			
Realschulen		1	
Gymnasien und Gesamtschulen		2	
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren			
Waldorfschulen		1	1
Schulkindergärten			
Berufliche Schulen		3	1

Der Vergleich von Kinderzahl und infrastrukturellen Angeboten in den drei Stadtbezirken verweist auf eine **eklatante Unterversorgung** in Weingarten: 11 Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder im Alter zwischen 0 und 6 Jahren stehen 12 Einrichtungen dieser Art in der Oberwiehre gegenüber, obwohl hier nicht einmal halb so viele Klein- und Vorschulkinder leben wie in Weingarten. Der Vergleich zwischen Weingarten und dem Stadtbezirk Rieselfeld&Mundenhof weist ebenfalls eine Asymmetrie zuungunsten von Weingarten auf: Die Zahl der Kinder unter 6 Jahren ist in beiden Stadtbezirken etwa gleich hoch; in Rieselfeld&Mundenhof gibt es für diese Altersgruppen jedoch 20 Einrichtungen, also fast doppelt so viele wie in Weingarten. Noch dramatischer verhält es sich, was die Schulsituation anbetrifft. Während es in Weingarten lediglich eine Grundschule und ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr gibt, existieren im Stadtbezirk Oberwiehre vier öffentliche Schulen und sechs Privatschulen für Kinder und Jugendliche aller Altersklassen. Im Stadtbezirk Rieselfeld&Mundenhof gibt es immerhin drei öffentliche Schulen und zwei Privatschulen für die Altersgruppen zwischen 6 und 18 Jahren, d.h. mehr als doppelt so viele Bildungseinrichtungen wie in Weingarten bei einer vergleichbar hohen Anzahl von Kindern und Jugendlichen. In Weingarten bricht die Bildungskette nach der Grundschule ab. Es gibt **nicht eine einzige weiterführende Bildungseinrichtung in diesem Stadtteil - weder Realschule, noch Gemeinschaftsschule noch Gymnasium noch Berufsschule.**

Das Fazit im Schulentwicklungsbericht 2020 der Stadt Freiburg ist insgesamt ernüchternd: „Die sozialräumlichen Spezifika der Bildungsbeteiligung in der Sekundarstufe I spiegeln die sozialstrukturellen Gegebenheiten in den Stadtbezirken wider mit Blick auf Migrationsquote und Quote von Kindern und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften. An den Gymnasien in

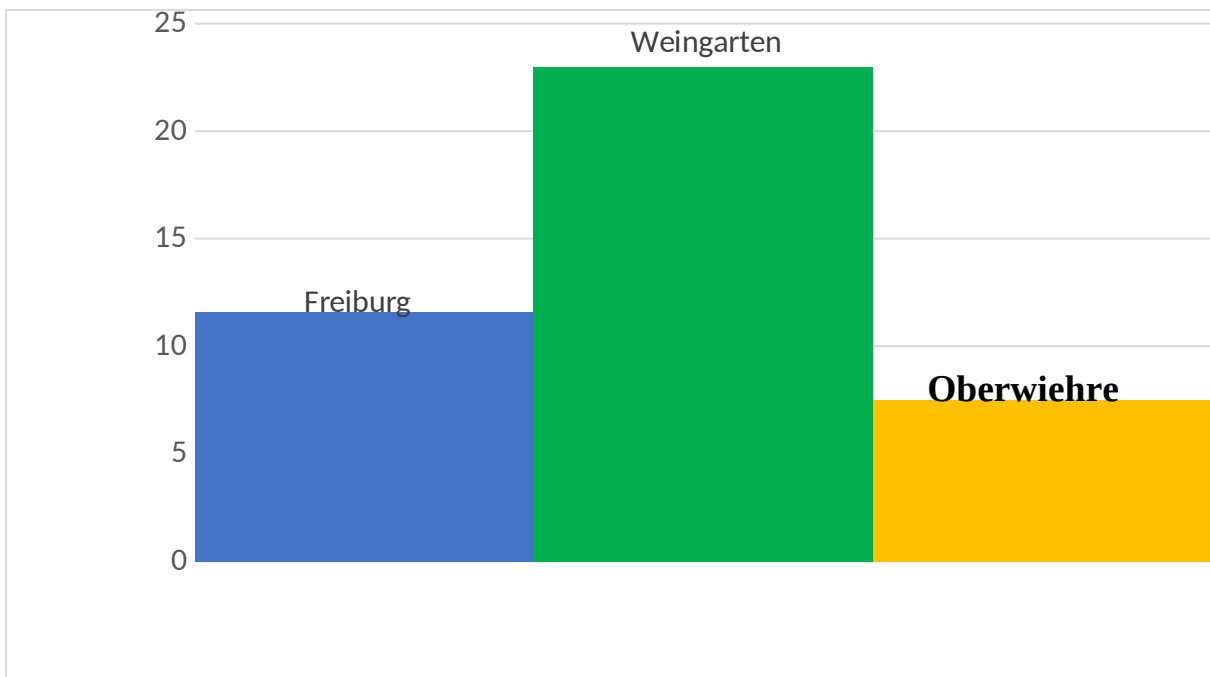
Freiburg ist der Anteil der Schüler\*innen in Bedarfsgemeinschaften überdurchschnittlich niedrig, während er an den Real- und Werkrealschulen überdurchschnittlich hoch ist.“ (Dezernat für Umwelt, Jugend, Schule, und Bildung/Amt für Bildung, 2020, S. 48) Im Vergleich der Stadtbezirke Oberwiehre und Weingarten ist es folglich auch nicht überraschend, dass 80,7 Prozent der Kinder aus dem Stadtbezirk Oberwiehre ins Gymnasium wechseln, in Weingarten gelingt das lediglich 16,5 Prozent aller Kinder (Ebenda, S. 49). Größer kann Bildungsungleichheit kaum sein, was auch in Zusammenhang mit den nachfolgenden Indikatoren steht.

**Abbildung 4: Ausländer\*innenanteil (in %)**



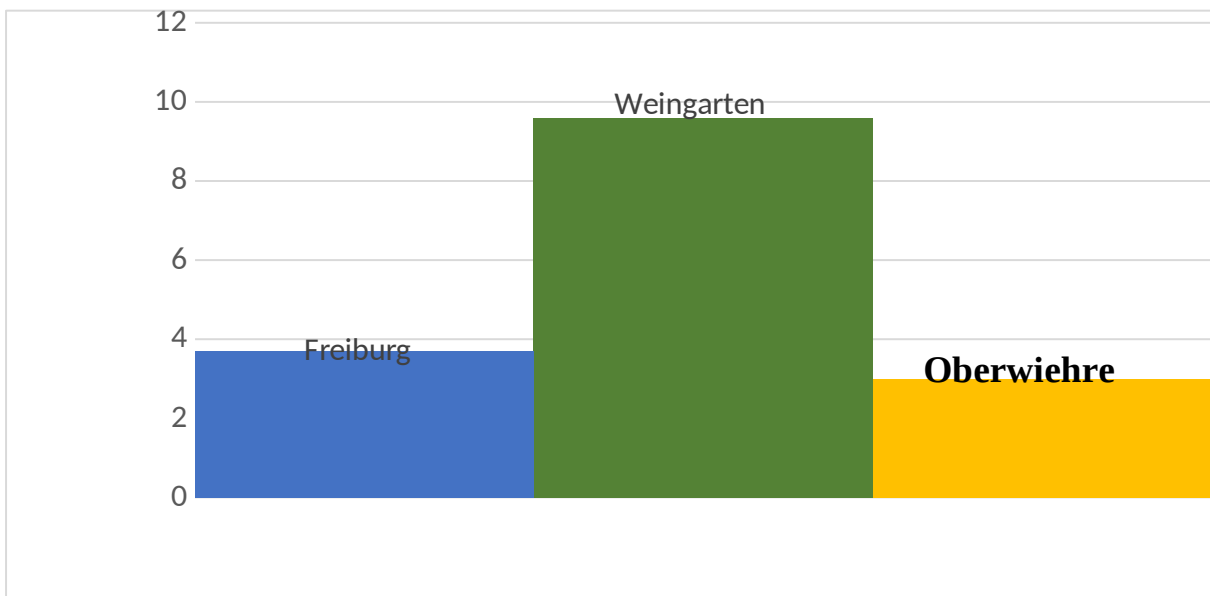
**Lesehilfe:** Der Anteil von Ausländer\*innen ist in Weingarten um 55,2 Prozent höher als in Freiburg insgesamt. Demgegenüber ist dieser Anteil im Stadtbezirk Oberwiehre mit 9,1 Prozent nur halb so hoch wie in Freiburg insgesamt. Der Vergleich zwischen dem Stadtteil Weingarten und Oberwiehre zeigt, dass in Weingarten dreimal so viele Ausländer\*innen leben wie in der Oberwiehre.

**Abbildung 5: Anteil Deutsche mit Migrationshintergrund (in %)**



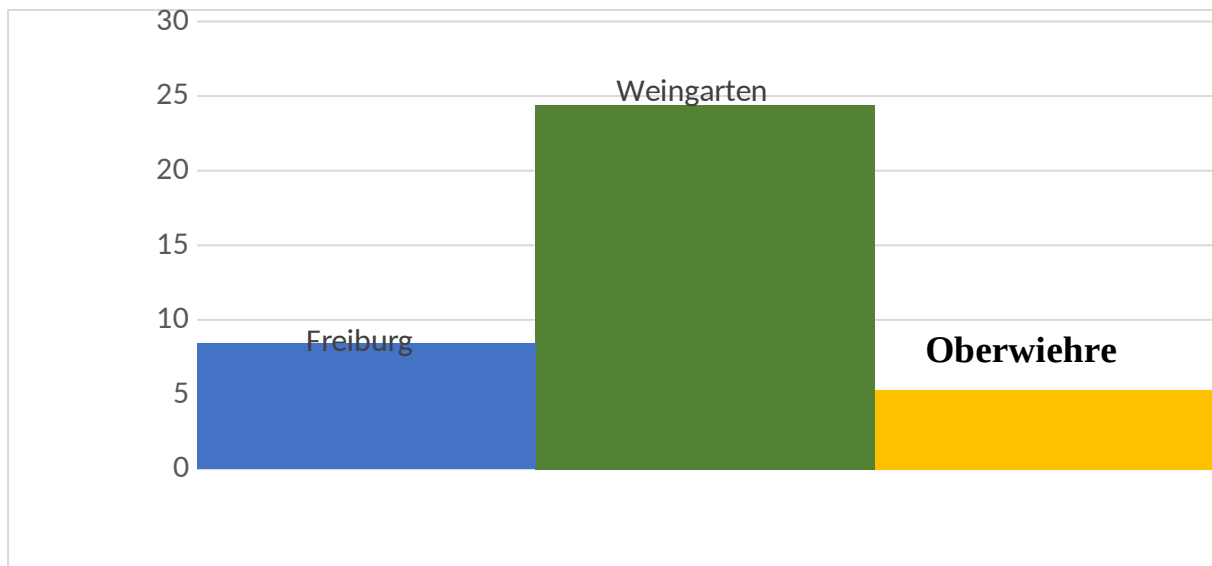
**Lesehilfe:** Der Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund ist mit 98 % fast doppelt so hoch wie in Freiburg insgesamt. Demgegenüber beträgt dieser Anteil im Stadtbezirk Oberwiehre mit 7,5 Prozent nur knapp ein Drittel des Anteils in Weingarten.

**Abbildung 6: Anteil von Arbeitslosen (in %)**



**Lesehilfe:** Der Anteil von arbeitslosen Menschen liegt im Stadtbezirk Weingarten mit 156,5 Prozent fast zweieinhalb Mal so hoch wie in Freiburg insgesamt. Demgegenüber beträgt der Anteil von arbeitslosen Menschen im Stadtbezirk Oberwiehre mit 3,0 Prozent nur knapp ein Drittel des Arbeitslosenanteils in Weingarten.

**Abbildung 7: Anteil Leistungsempfänger\*innen – SGB II und SGB III (in %)**



**Lesehilfe:** Der Anteil von Leistungsempfänger\*innen – SGB II und SGB III ist im Stadtbezirk Weingarten mit 24,4 Prozent fast dreimal höher wie in Freiburg insgesamt (8,4 %). Demgegenüber beträgt dieser Anteil im Stadtbezirk Oberwiehre mit 5,3 Prozent nur etwa ein Viertel des Anteils von Leistungsempfänger\*innen im SGB II und SGB III-Bezug wie in Weingarten.

### ***5 Was können Kommunen und Landkreise für erschöpfte Familien und ihre Kinder in benachteiligten Sozialräumen tun?***

Viele Städte und Gemeinden versuchen heute, der Armutsentwicklung vor Ort durch eine stärkere Vernetzung und intensivere Kooperation der ortsansässigen Dienste und Akteure unter Einschluss von ehrenamtlichem Potential entgegenzutreten. Der demographische Wandel wirkt hier vielfach als Motor. Außerdem werden Erkenntnisse aus der Resilienzforschung auf der kommunalen Ebene verstärkt rezipiert, d.h. individuelle und strukturelle Schutzfaktoren für ein gedeihliches Aufwachsen von Kindern trotz widriger Umstände identifiziert bzw. implementiert (Lanfranchi 2006).

- ***Frühe Hilfen***

Bundesweit entwickeln Städte wie zum Beispiel Ludwigshafen in Rheinland-Pfalz oder Dormagen in NRW neue Konzepte Früher Hilfen, die vorhandenen professionellen Ressourcen der Gesundheits- und Jugendhilfe rund um die Geburt vernetzen, um vor allem Risikofamilien zeitnah und wirkungsvoll zu unterstützen. Die Gesundheitsdienste arbeiten an der Verfeinerung von Screeningverfahren, um Diagnosen und konkrete Unterstützungsbedarfe von Mutter und Kind im Übergang zur Elternschaft noch differenzierter als bisher ermitteln zu können und erforderliche Maßnahmen einzuleiten, die nach Entlassung aus der Geburtsklinik verlässlich und begleitend fortgeführt werden. In jedem Fall ist es notwendig, für eine dem jeweiligen sozialräumlichen Bedarf angemessene personelle Ausstattung und Finanzierung der aufsuchenden Hilfen in Gestalt der Familienhebammen nach Entlassung der Mütter aus der Geburtsklinik zu sorgen. Darüber hinaus ist eine Vernetzung dieses Gesundheitsdienstes mit Angeboten des Allgemeinen Sozialen Dienstes und der Jugendhilfe im Wohnumfeld vonnöten. Derzeit jedoch übersteigt nach Aussagen von Expert\*innen im Schnittstellenbereich von Gesundheitsdiensten,

Allgemeinem Sozialen Dienst und Jugendämtern vielerorts der vorhandene Bedarf einer nachsorgenden Begleitung und fachübergreifenden, zeitnahen Kooperation das vorhandene Angebot in belasteten Sozialräumen bei weitem. Wie Kosten-Nutzen-Analysen Früher Hilfen nachgewiesen haben, sind Investitionen in solche Kooperationsstrukturen „rund um die Geburt“ jedoch besser als jede später einsetzende Maßnahme geeignet, Überforderungssituationen von jungen Eltern in belasteten Lebenslagen von Anfang an wirksam zu vermeiden und diversen Formen von Kindeswohlgefährdung und psychischen Folgeerkrankungen vorzubeugen (Meier-Gräwe/Wagenknecht 2011). Zudem kristallisieren sich vielfältige Unterstützungsbedarfe für Eltern und Kinder nicht nur bei den Risikofamilien (d.h. den „roten“ Fällen)<sup>4</sup> heraus, sondern liegen auch bei Familien vor, die von ihrem Hilfebedarf her im „rot-gelben“ und „gelben“ Bereich eingestuft werden. Auch diese Familien mit oft prekären Lebenslagen bedürfen nach Rückkehr von Mutter und Kind aus der Geburtsklinik im Interesse guter Entwicklungs- und Bildungschancen ihrer Kinder sowie der Stabilisierung des häuslichen Alltagssettings passgenauer Informationen und niedrigschwelliger Angebote in ihrem Wohnumfeld. Hier ist eine stadtteil- und zielgruppenbezogene Ausdifferenzierung von aufsuchenden Angeboten unter Einbezug von Semi-Professionellen und Laien ebenfalls geboten. Wie Erfahrungen bundesweit zeigen, sind Eltern für die Nutzung solcher Angebote über die persönliche Ansprache durch Ärzt\*innen, Erzieher\*innen in Kitas und Familienzentren oder auch durch Nachbarn und Vertrauenspersonen aus dem eigenen Kulturkreis viel eher zu gewinnen als durch Flyer oder durch die Presse. Auch die Erreichbarkeit von Angeboten spielt für die Inanspruchnahme eine nicht zu unterschätzende Rolle: Bei Bedarf müssen Anteile von Komm-Strukturen in Geh-Strukturen umgewandelt werden, indem z. B. Sprechstunden von Frühförderstellen regelmäßig in Kindertagesstätten oder Familienzentren angeboten werden, damit diese von den bedürftigen Familien auch tatsächlich wahrgenommen werden.

- *Verbindliche Kooperationsbeziehungen zwischen Kindertagesstätten und Erziehungsberatungsstellen*

Eine sinnvolle Unterstützung für arme und erschöpfte Eltern und Familien kann auch dadurch erreicht werden, dass ein regelmäßiges Angebot der kommunalen Erziehungsberatung in allen Kindertagesstätten mit einem überdurchschnittlichen Anteil an armen Kindern durch verbindliche Leistungsvereinbarungen sichergestellt werden. Derzeit bestehen solche regelhaften Kooperationsstrukturen vorzugsweise bei den Kitas in konfessioneller Trägerschaft. Wissenschaftliche Studien unterstreichen schon seit mehreren Jahren die Notwendigkeit einer Neujustierung der Kooperation zwischen Erziehungsberatungsstelle und Kindertageseinrichtungen in diesem Sinne: „...ErzieherInnen versuchen, selbst mit auffälligen Kindern fertig zu werden und Eltern mit Problemen zu beraten...(und) fühlen sich durch die vielen auffälligen Kinder überfordert und überlastet... Die Mitarbeiter\*innen der psychosozialen Dienste warten in ihren Sprechzimmern auf Klienten und werden meist mit „schweren“ Fällen konfrontiert. So arbeiten zwei „stark voneinander abgegrenzte Systeme“

---

<sup>4</sup> Das Bild der Ampel orientiert sich an den Fallbewertungen des sog. „Ludwigshafener peripartalen Erhebungsbogens (LupE)“. Die Bewertung des Unterstützungsbedarfs der Mutter erfolgt vor oder kurz nach der Geburt nach den Ampelfarben „grün“ (kein erhöhter Unterstützungsbedarf), „gelb“ (erhöhter Unterstützungsbedarf) und „rot“ (hoher bis sehr hoher Unterstützungsbedarf). Liegt ein hoher bzw. sehr hoher Unterstützungsbedarf vor, erfolgt ein sog. vertiefendes Gespräch mit einer Familienhebamme des Krankenhauses. Hierbei wird der Mutter eine speziell ausgebildete Hebamme vermittelt, die bis zu sechs Monaten eine aufsuchende Hebammennachsorge anbieten kann. Nehmen die Eltern die Hilfe nicht an, findet ein zweites vertiefendes Gespräch mit einer geschulten Fachärztin statt. Werden die erforderlichen Hilfen weiterhin abgelehnt, erfolgt eine Mitteilung an das Jugendamt.

defensiv nebeneinander her und tun sich schwer mit ihrem Auftrag, effektiv und rechtzeitig auf Behinderungen, Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern zu reagieren (Pellander et al. 2003, S.37). In den Kanon der familienunterstützenden Dienste gehören schließlich die vielfältigen Angebote der Familienbildung. Hier profitieren erschöpfte Familien von Angeboten in den bundesweit entstehenden Familienzentren. Als besonders hilfreich hat sich zum Beispiel in einem Frankfurter Kinder- und Familienzentrum eine Doppelspitze aus Sozialpädagogin und Familienbildnerin erwiesen, um integrierte Angebote zu entwickeln und in der Einrichtung zielgruppenbezogen vorzuhalten.

- *Einsatz von Integrationslotsen und Stadtteilmüttern*

In belasteten Stadtteilen und Wohnquartieren bewährt sich bundesweit der Einsatz von Integrationslotsen und/oder Stadtteilmütter mit und ohne Migrationshintergrund. Sie informieren über Angebote in Kindertagesstätten und Familienzentren, finden oft Zugänge zu vermeintlich „schwer erreichbaren“ Eltern, bauen Vertrauensbeziehungen zu ihnen auf und ermutigen zudem Eltern, deren Kinder bisher noch keine Kindertagesstätte besuchen, zur Inanspruchnahme von offenen Angeboten in Kinder- und Familienzentren. Weitere Einsatzgebiete dieser Elternlotsen erstrecken sich auf die Alltagsbegleitung und Sprachförderung, die Förderung des Schulerfolgs von Kindern, Hilfen bei der Ausbildungsorientierung, der Arbeitsplatzsuche, Gesundheitsförderung oder auf die Vermittlung von Regeldiensten. Kommunikation, Kooperation und Vernetzung sind die zentralen fachlichen Merkmale in diesem Prozess. In ihrer Lotsenfunktion sind sie Vermittler\*innen und Multiplikator\*innen für gelingende Bildungspartnerschaften zwischen Elternhaus und öffentlichen Kindertagesstätten bzw. Familienzentren. Sie profitieren aber auch persönlich von der Aus- und Fortbildung zur Stadtteilmutter oder Elternlotsen, indem sie wertvolle Erfahrungen ihrer Integration einbringen können und eine Selbstwertstärkung erfahren (Gögercin 2008). Ehrenamtliches Engagement setzt allerdings durchgängig eine strukturelle Anbindung an professionelle Strukturen voraus. Deshalb wird auf Seiten des Fachpersonals ein gewisser zeitlicher und personeller Anteil vom Overhead benötigt, um Ehrenamtliche einzubinden, um ihnen Feedback zu geben, Aufgaben ihrer Supervision zu übernehmen etc.

- *Kinderbetreuungsangebote zügig ausbauen*

Obwohl der Ausbau von Krippen und Tagespflege in den vergangenen Jahren in Westdeutschland deutlich intensiviert wurde, gibt es nach wie vor einen keineswegs gedeckten Bedarf, gerade auch bei herkunftsbenachteiligten Kindern. Es ist erforderlich, zeitnah verlässliche Biografie begleitende Strukturen zu etablieren, damit gerade diese Kinder von Anfang an eine gute familienergänzende Unterstützung erfahren unter Einschluss einer zugewandten Elternarbeit mit möglichst konstanten Bezugspersonen. Inzwischen gelingt es in vielen Kinder- und Familienzentren zwar durchaus, Eltern mit sehr jungen Kindern zu erreichen, etwa durch Rückbildungskurse, die dort angeboten werden. Diese Kontakte und aufgebauten Vertrauensbeziehungen können aber aufgrund der wenigen Plätze in der Krabbelstube, die derzeit meistens restlos ausgebucht sind (Wartelisten), nicht verstetigt werden: Eltern und Kinder gehen deshalb „wieder verloren“. Es fehlt an Kontinuität und es fehlt auch bei den vorhandenen Kita-Plätzen an Ganztagsangeboten und Randzeitenbetreuung, was für einen Teil der Eltern aber dringend notwendig wäre, die im Dienstleistungsbereich (Handel, Gastronomie) arbeiten. Hier ist in jedem Fall zunächst eine detaillierte Bedarfsanalyse in allen belasteten Stadtteilen und Wohnquartieren zu empfehlen, um den Platzbedarf kleinräumig zu ermitteln. Wichtig ist es, dass Städte und Gemeinden in



jedem Fall für die Priorisierung einer unkomplizierten, zügigen Platzvergabe zur Gewährleistung von Betreuungskontinuität vor Ort (zumindest für Risikokinder) sorgen, aber möglichst auch für Kinder, die von ihrem Unterstützungsbedarf gemäß Screeningverfahren im „rot-gelben“ bzw. „gelben“ Bereich liegen. Unter dieser Perspektive wären die derzeit geltenden Vergaberichtlinien zu überprüfen und ggf. Quotenregelungen für Härtefälle (Kontingentierung von Plätzen) zu schaffen. Zudem ergibt sich gerade mit Blick auf die erhöhten professionellen Anforderungen beim Umgang mit Kindern und Eltern aus belasteten Milieus ein zusätzlicher Weiterbildungsbedarf für Erzieher\*innen mit Blick auf aktuelle neurowissenschaftliche Befunde, den interkulturellen Kompetenzerwerb, Wissen über Armutfolgen, Zugangswege zu verschiedenen Armutstypen etc. Städte und Gemeinden müssen aber auch auf den steigenden Personalbedarf in den familienbezogenen Dienstleistungsberufen in den nächsten Jahren reagieren und Lösungen suchen.

- *Mobile Dienste aufbauen*

Viele Städte und Gemeinden sind derzeit bundesweit mit der Entwicklung eines Inklusionskonzepts für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder befasst. So hat die Landeshauptstadt Wiesbaden einen Mobilen Dienst für Eingliederungshilfen in Kindertagesstätten eingeführt, dafür qualifiziertes Integrationspersonal eingestellt und die systematische Kooperation der Arbeit des Mobilen Dienstes mit den Erzieher\*innen der jeweiligen Kita, die das Kind besucht, entsprechend budgetiert. Hierbei handelt es sich um ein intelligentes und flexibles Instrument, was differenzierter und passgenauer auf die individuellen Bedarfe von Kindern und ihren Eltern reagieren kann als herkömmliche Strukturen: die gängige Praxis der Frühförder- und Frühberatungsstelle als Komm-Struktur muss vermieden werden: diese führt etwa bei zweimaliger Nichteinhaltung von Terminen durch die Eltern zur Abmeldung des Kindes/der Familie. Es stellt sich dann nämlich die Frage, wie es um die Perspektiven dieser Kinder mit Blick auf ihre Gesundheit und ihre Bildungsbiographien bestellt ist; und ab wann und in welcher Höhe Folgekosten nicht eingeleiteter Frühförderung für Kommune und Land entstehen, die sich im weiteren Biographieverlauf kumulieren.

- *Kita, Schule und Sozialräume gesundheitsförderlich gestalten*

In den Schuleingangsuntersuchungen zeigt sich immer wieder, dass Kinder aus benachteiligten Herkunftsmilieus einen vergleichsweise auffallend schlechten Gesundheits- und Entwicklungsstand aufweisen. Solche Ergebnisse werfen die Frage auf, wie auf den Gesundheitszustand dieser Kinder bereits im Krippen- und Kindergartenalter nachhaltig Einfluss genommen werden kann. Zu empfehlen ist, in belasteten Stadtteilen am Ende des 4. Lebensjahres der Kinder einen Gesundheitscheck in den Kitas und Familienzentren nach dem Dormagener Modell durchzuführen. Aus den Ergebnissen sollten in Absprache mit den Erzieher\*innen individuelle und passgenaue Förderkonzepte entwickelt werden. Diese wären einerseits im Kita-Alltag zu integrieren und andererseits in Kooperation mit den Eltern umzusetzen. Hilfreich wäre es allerdings, wenn gesundheitspräventive Angebote schon für jüngere Kinder direkt in den Kindertagesstätten und Familienzentren vorgehalten werden: Das entlastet und unterstützt Erzieherinnen, eröffnet ihnen Kontakte und Zugangswege zu Gesundheitsdiensten, um z. B. chronische gesundheitliche Beeinträchtigungen von Kindern, die in der Kita festgestellt werden, in Kooperation mit den Fachärzten abmildern zu können. So könnten Städte und Gemeinden in Analogie zum Konzept „Gesunde Schule“ ein Konzept „gesunde Kita“ entwickeln und ein Zertifizierungsverfahren einführen mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Kitas auf eine entsprechende Selbstverpflichtung einlassen. Dadurch würde

das Thema Gesundheit als ein internes Qualitätsmerkmal in Kitas und Familienzentren verankert. Darüber hinaus sind Kindern und ihren Eltern bei Bedarf zeitnah niedrigschwellige Zugänge zu sozial-pädiatrischen und anderen therapeutischen Angeboten der Früh- und Gesundheitsförderung zu eröffnen, deren Inanspruchnahme begleitet und in ihrer Wirksamkeit fallbezogen überprüft werden müsste. Städte und Gemeinden sollten aber auch verstärkt die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen nutzen, um ein Ranking der Gesundheits- und Bildungsrisiken an den Grundschulen aller Stadtteile einer Kommune zu bilden und auf dieser Basis eine Priorisierung bei der kommunalen Mittelvergabe vorzunehmen.

- *Betreuung von Grundschulkindern und Ferienbetreuung ausbauen*

Unzureichend ist in vielen Städten und Gemeinden nach wie vor die Betreuung von Grundschulkindern. Gerade in diesem Bereich fehlt es derzeit an einem Konzept, das konkrete Ausbauziele exakt beziffert und vor allem auch die Angebote der betreuenden Grundschule bzw. der Schulen im Stadtteil systematisch in den Ausbau einbezieht. Hier ist ein entschiedener Kurswechsel im Interesse des Abbaus von herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung von Kindern dringend geboten. Große Defizite gibt es auch bei den Hausaufgaben- und Schülerhilfen von sozial benachteiligten älteren Kindern und Jugendlichen. Deshalb ist gerade in Sozialräumen, wo überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche mit deutlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und geringen Bildungserfolgen leben, der Ausbau von Ganztagschulen mit kommunalen Eigenmitteln zu forcieren und in Kooperation mit den Lehrkräften bedarfsgerechte Konzepte der Hausaufgaben- und Nachmittagsbetreuung zu entwickeln.

Außerdem ist es ratsam, dass jedem Grundschulkind, dessen Eltern im SGB II-Bezug stehen, die Möglichkeit zu eröffnen, an einer 4-wöchigen örtlichen Ferienbetreuung in den Winter- und Sommerferien kostenlos teilzunehmen. Untersuchungen aus den USA zeigen, dass sozial benachteiligte Kinder aus erschöpften Familienkontexten in der Ferienzeit in ihren Sprach- und Lesekompetenzen gegenüber Mittelschichtskindern um zwei bis drei Monate zurückfallen. Für Schüler\*innen in Deutschland ist dieser Effekt bisher für das Fach Mathematik nachgewiesen worden (Coelen/Siewert 2008). Die Feriengestaltung sollte vor diesem Hintergrund als Mix aus Erholung, Abenteuer, Bewegung, gesunder Ernährung, aber auch aus gezielten Angeboten zur Stärkung kognitiver Kompetenzen konzipiert sein. Ein in diesem Sinn förderliches und im Stadtteil verankertes Ferienprogramm setzt wiederum eine lebendige und kreative Kooperation von Kita, Schule, Hort, Kirchengemeinden und Trägern der offenen Jugendarbeit voraus. Bis zu einem bestimmten Kontingent kann die Ferienbetreuung von der Schule angeboten werden und zwar in Kooperation mit außerschulischen Partnern wie den offenen Kinder- und Freizeiteinrichtungen.

Gleichermaßen dringlich ist es, eine deutliche Reduzierung des Anteils von armen Kindern zu erreichen, die keine weiterführende Schule besuchen, obwohl sie von ihren schulischen Leistungen dazu in der Lage wären. Hier braucht es eine konzertierte Allianz, um an den Grundschulen diesen Kindern ehrenamtliche Paten („persönlicher Scout“) zur Seite zu stellen, die Elterngespräche im Sinne der Ermutigung zum weiterführenden Schulbesuch führen und passgenaue Unterstützungsmaßnahmen (kostenloses Busticket und Schulverpflegung, Lehrmittelfreiheit, Ausweitung von Förderangeboten etc.) organisieren.

- *Bildungsmittel umverteilen*

Die Vielfalt der Herausforderungen zur bestmöglichen Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher aus erschöpften Familien in Sozialräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf

macht es erforderlich, nicht nur die vorhandenen kommunalen Angebotsstrukturen und Dienste zu professionalisieren und besser zu vernetzen. **Zunächst geht es darum, diesen Sozialräumen eine angemessene Grundausrüstung (Bildung, Gesundheit, Förderung) zu gewährleisten und darüber hinaus weiterführende Schulen im Stadtteil anzusiedeln, um benachteiligte Kinder in ihrer Bildungsbiographie vor Ort wirksam zu begleiten und Übergänge zu moderieren.** Daraus ergeben sich vielfältige Anforderungen für die Sozial-, Gesundheits- und Bildungsplanung, um zu ermitteln und zu begründen, welche Grundausrüstung ein Stadtteil in Relation zu den dort vorhandenen Problemlagen benötigt. Weil die Handlungsbedarfe in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf jedoch so vielschichtig, also auch personal- und kostenintensiv sind, geht es darüber hinaus darum, zivilgesellschaftliche Elemente wie Ehrenamt und Stiftungsgelder wirksam im Sinne von „brückenbildendem Kapital“ gerade in den Sozialräumen verstärkt einzubringen, wo überproportional viele benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien leben.

- *Übergang Schule-Beruf in Kooperation mit Betrieben und IHK gestalten*

Schließlich geht es darum, den Übergang Schule – Beruf, insbesondere für Hauptschüler\*innen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf in Kooperation mit der ortsansässigen Wirtschaft forcieren. Das könnte in Anlehnung an das Wiesbadener Modell des Kompetenz-Entwicklungs-Programms der Schulsozialarbeit erfolgen. In dieses Programm sind Schüler\*innen der Klassen 5-10 integriert, um das Problem auffallend geringer Übergangsquoten von Hauptschulabgänger\*innen auf einen Ausbildungsplatz zu überwinden. Grundgedanke dabei ist, die Kenntnisse und persönlichen Beziehungen mit den Schüler\*innen aus der mehrjährigen Zusammenarbeit ab Klasse 5 in den letzten eineinhalb Jahren der Schulzeit gezielt zur Unterstützung für ihren optimalen Einstieg in das Leben nach der Schule zu nutzen. Es werden systematische Hilfen zur Berufsorientierung, Bewerbungen und Maßnahmen zum Erreichen des Hauptschulabschlusses sowie zur Verbesserung der Schlüsselkompetenzen für eine selbständige Lebensführung entwickelt. Dazu gehört die Mitwirkung an einem schulischen Betriebspraktikum, dessen Durchführung und Auswertung in enger Kooperation mit der jeweiligen Klassenleitung und dem/der Schulsozialarbeiter/in erfolgt. Über eine Kompetenzagentur werden auch Vertreter\*innen aus den Kammern und Verbänden der Wirtschaft und der Arbeitsagenturen eingebunden.

- *Kooperation und Vernetzung ausweiten*

Notwendig ist es auch, die Kooperationsstrukturen zwischen der Jugendhilfeplanung, Gesundheitsplanung, Bildungs- und Schulentwicklungsplanung zu intensivieren und gegebenenfalls auch Stadtteilplanungskonzepte einzubeziehen. Der Schwerpunkt solcher Kooperationsbeziehungen und -vereinbarungen sollte beim Ausbau von Betreuungs- und Förderangeboten an den Schulen liegen, um die Übergänge noch besser und passgenauer zu gestalten. Darüber hinaus ist auch in diesem Bereich eine kontinuierliche Öffnung zu den Eltern weiter zu entwickeln, um nachhaltige Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Elternhaus und Schule aufzubauen. Auf kommunaler Ebene kann das mit der Einrichtung eines Arbeitskreises beginnen, der vor Ort relevante verbindliche Standards – etwa im Bereich der Sprachförderung – für die bevorstehenden Übergänge entwickelt, so dass die Konzepte der einzelnen Bildungseinrichtungen passgenau aufeinander abgestimmt werden können.

- *Orte für benachteiligte Kinder und ihre Eltern als „strukturell zweite Heimat“ schaffen* Städte und Gemeinden sind gut beraten, gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf Stadtteilbegegnungsstätten als einem öffentlichen Ort für Kinder, Jugendliche und Familien, aber auch für andere Altersgruppen einzurichten. Diese sollten als Anlaufstelle für Familien verstanden werden, die neben Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangeboten auch den nachbarschaftlichen Kontakt zwischen Angehörigen unterschiedlicher Milieus ermöglicht. Hier könnten unterschiedliche Kurse angeboten werden, beispielsweise in den Bereichen Musik, Bewegung, Ernährung, Erziehung und Bildung und dies auch verstärkt in der Ferienzeit. Es sollte genügend Platz für Kinder unterschiedlichster Altersklassen vorhanden sein. Außerdem könnten die Räumlichkeit von ortsansässigen Tagesmüttern mit ihren Kindern genutzt werden, um den häufig beengten Verhältnissen in der eigenen Wohnung an einen familienfreundlichen Ort ausweichen zu können. Darüber hinaus könnten dort Gruppenangebote für Eltern und ihre Kinder (z.B. PEKiP-Gruppen), familienorientierte Sportgruppen (z.B. Vater-Kind-Turnen), interkulturelle Angebote (z.B. Deutsch-Integrationskurs mit Kinderbetreuung) sowie pädagogische Angebote (z.B. Elternkurse) stattfinden (Pestalozzi-Fröbel-Haus 2010). In solchen Stadtteilbegegnungsstätten sollte eine sozialräumliche Koordinierungsstelle verankert sein, um eine Systematisierung der familienunterstützenden aufsuchenden und niedrigschwelligen Angebote zu erreichen. Um solche Angebote erfolgreich in belasteten Stadtteilen zu integrieren, ist es besonders wichtig, Angebote mit den Bedarfen vor Ort abzustimmen, Konkurrenzen zu vermeiden und mit allen Bildungseinrichtungen und Multiplikatoren erg zu kooperieren.

## **6 Konkrete Empfehlungen für zeitnahes politisches Handeln in Freiburg zur Verringerung von Bildungsarmut in Weingarten**

### **Empfehlung 1:**

In Kooperation zwischen der Evangelischen Hochschule Freiburg, dem Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement sowie dem Dezernat Gesundheit und Versorgung sollte das Tableau an kleinräumig aufbereiteten Daten unbedingt erweitert werden. So könnten etwa die jährlich erhobenen Daten aus den Schuleingangsuntersuchungen (SEU) stadtbezirksbezogen aufbereitet werden, um Aufschluss über die Konzentration von gesundheitlichen Beeinträchtigungen in bestimmten Stadtbezirken, insbesondere für Weingarten zu erlangen. Anzuregen ist darüber hinaus, eine Verbleibsanalyse der Kinder und Jugendlichen aus dem Stadtbezirk Weingarten an weiterführenden Schulen bis hin zum Berufseinstieg auf den Weg zu bringen.

### **Empfehlung 2:**

Es ist geboten, die infrastrukturelle Ausstattung **konsequent** in Relation zur Zahl der in den Stadtbezirken wohnenden Kinder und Familien unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Personengruppen voranzubringen. **Besonders vordringlich ist der Bau von zumindest einer weiterführenden Schule im Stadtteil Weingarten.** Dem Gemeinderat wird nachdrücklich empfohlen, dafür politischen Willen zu zeigen und entschlossen zu handeln. Es braucht dringend einen Masterplan für ein schulisches Leuchtturmprojekt in Weingarten – am besten nach dem Vorbild der Rütli-Schule/Campus Rütli in Berlin-Neukölln mit Öffnung und Vernetzung zu musikalischen und anderen Angeboten in der Stadt Freiburg. Dafür sind entsprechende Gelder im städtischen Haushalt und weitere Fördermöglichkeiten, wie ESF-Mittel, das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ etc. zu nutzen. Das komplette Fehlen

einer Bildungseinrichtung in Weingarten für Schüler\*innen ab dem 11. Lebensjahr widerspricht allen Erkenntnissen der Bildungs- und Armutforschung aus den vergangenen drei Jahrzehnten. Es braucht „Bildung vor Ort“ - ein Lernklima, das Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Herkunftsmilieus Bildungsorientierung, Motivation und Aufstiegswillen bietet. Das Argument, die Kinder sollen außerhalb des Stadtteils auch noch etwas anderes als ihren „traurigen Stadtteil“ kennenlernen und die Wege zu den weiterführenden Schulen in anderen Stadtbezirken seien doch in Freiburg gar nicht so weit, ist zynisch und verkennt die hohe Bildungsbedeutsamkeit einer weiterführenden Bildungseinrichtung, die im Stadtbezirk Weingarten angesiedelt wäre und eine generationenübergreifende Vorbildwirkung entfalten könnte. Dabei sind die Freiburger Bürger\*innen der Auffassung, dass nicht nur für Wohnungsbau und Digitalisierung, sondern auch für die Instandhaltung und den Bau von <schulen mehr investiert werden soll ([www.freiburg.de/haushalt](http://www.freiburg.de/haushalt)).

Aber auch im Bereich frühkindlicher Bildung und Sprachförderung ist eine kontinuierliche Anpassung der Angebote an die in Weingarten massiv vorhandenen Bedarfe vonnöten. Ansonsten produziert sich die Stadt Freiburg gravierende Problemlagen für die nächsten Jahrzehnte bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. Dazu gehören: Bildungsarmut, Politikverdrossenheit, Kriminalität, aber auch beträchtliche soziale Folgekosten für den städtischen Haushalt.

### **Empfehlung 3:**

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise und die steigende Arbeitslosigkeit treffen arme Familien und Familien im unteren Einkommensbereich besonders hart. (BMS/Grabka/Göbler 2020). Das ist auch in Freiburg der Fall und im Stadtbezirk Weingarten allemal. Die Beschränkungen beim Kita- und Schulbesuch im Zuge der Covid-19-Pandemie werden ohnehin vorhandene Bildungsungleichheiten weiter verstärken. Gerade in Familien mit niedrigem Einkommen bzw. in multiplen Armutslagen fehlt häufiger ein Laptop oder Internetzugang, um digitale Bildungsangebote nutzen zu können. Die Wohnsituation lässt es in sozial benachteiligten Familien außerdem oft kaum zu, dass Kinder und Jugendliche einen ruhigen Platz zum Lernen haben. Deshalb sollten sämtliche Möglichkeiten des städtischen Haushalts ausgeschöpft werden, um hier zeitnah und vor Ort Abhilfe zu schaffen. Zudem braucht es zivilgesellschaftliches Engagement und eine Aktivierung von brückenbildendem Kapital zwischen besser gestellten Stadtbezirken und benachteiligten Stadtteilen wie Weingarten.

### **Empfehlung 4:**

Freiburg verfügt über eine vergleichsweise gute und differenzierte Datenbasis. Es kommt jedoch darauf an, dieses Faktenmaterial bereits *im Vorfeld* von weichenstellenden politischen Entscheidungsfindungen (zum Beispiel bei Schulstandortentscheidungen und ihrer Finanzierung) in der Stadtgesellschaft zu kommunizieren und politische Entscheidungen auf dieser Datenbasis überzeugend zu begründen. Außerdem sollten diese sozialräumlich aufbereiteten Befunde systematisch und transparent in die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt, ihrer Gremien, aber auch in den Stadtbezirken und Wohnquartieren integriert werden – das wäre ganz im Sinne von mehr Teilhabe der von bestimmten Entscheidungen vor Ort betroffenen Menschen, würde aber auch zur Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen beitragen – sowohl in privilegierten als auch in benachteiligten Sozialräumen.

Angeregt wird die Organisation einer Ringvorlesung mit renommierten Wissenschaftler\*innen und Praxispartner\*innen zum Thema „Mehr Bildungsgerechtigkeit in

Freiburg“ – Wie dieses Ziel erreicht werden kann und warum davon alle profitieren...“ Das wäre als ein Kooperationsprojekt zwischen der Universität Freiburg, der EH Freiburg, der VHS Freiburg und der Stadt Freiburg denkbar.

#### **Literatur:**

Allmendinger, J./Giesecke, J./Oberschachtsieck, D. (2011): Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh.

Andresen, S./Galic, D. (2015): Kinder.Armut.Familie. Alltagsbewältigung und Wege zu wirksamer Unterstützung. Gütersloh.

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg im Breisgau (2018): Beiträge zur Statistik. Freiburg im Breisgau, Stadtbezirksatlas.

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Stuttgart (2020): Kindergesundheitsbericht Baden-Württemberg.

BertelsmannStiftung (2010): Wer, wo, wie viele? – Bevölkerung in Deutschland 2025. Praxiswissen für Kommunen.

BertelsmannStiftung (2020): Kinderarmut: Eine unbearbeitete Großbaustelle, Gütersloh.

BertelsmannStiftung (Hrsg.) (2020): Grabka, M. M./Göbler, K.: Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte? Gütersloh.

Coelen, H./Siewert, J. (2008): Ferieneffekte. In: Jörg Ramseger, Matthea Wagener (Hrsg.), Chancengleichheit in der Grundschule – Ursachen und Wege aus der Krise. Wiesbaden, S. 432-441.

Dezernat für Umwelt, Jugend, Schule und Bildung/Amt für Bildung (2020): Schulentwicklungsbericht der Stadt Freiburg 2020.

Gögercin, S. (2008): Integrationslotsenprojekte. In: Migration und Soziale Arbeit. 2-2008. ISS.

Häußermann, H. (2010): Armutsbekämpfung durch Stadtplanung? In: APuZ 51-52/2010, S. 23-29.

Helbig, M./Jähnen, S. (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB. Berlin.

Kindler, H./Sann, A. (2007): Frühe Hilfen zur Prävention von Kindeswohlgefährdung. In: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, H. 2, S. 42-45.

Lanfranchi, A. (2006): Resilienzförderung von Kindern bei Migration und Flucht. In: R. Welter-Enderlin & B. Hildenbrand (Hrsg.), Resilienz – Gedeihen trotz widriger Umstände. Heidelberg.

Mardorf, S. (2006): Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden.

Meier-Gräwe, U./Bräutigam, C. (2014): Monitoring für den Landkreis Gießen - Auswertung ausgewählter Items der Schuleingangsuntersuchung und der Zahnreihenuntersuchung 2005 bis 2012. Gießen.

Meier-Gräwe, U. (2014): Kosten-Nutzen-Analyse im Rahmen der Evaluation der Modellprojekte: "Perspektiven für Familien" (Nürnberg) und "TANDEM - Jugendhilfe und Jobcenter stärken gemeinsam berufliche und gesellschaftliche Teilhabechancen von Eltern und Kindern im SGB II" (Fürth). Expertise im Auftrage des Deutschen Jugendinstituts, München. Im Internet zu finden: [http://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs/Kosten\\_Nutzen\\_Analyse\\_TANDEM.pdf](http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/Kosten_Nutzen_Analyse_TANDEM.pdf)

Meier-Gräwe, U. (2013): Zusammenarbeit der Partner vor Ort - Vernetzungs- und Sozialraumorientierung. In: Kompetenzteam Wissenschaft des Bundesprogramms "Elternchance ist Kinderchance" Correll, Lena; Lepperhoff, Julia (Hrsg.), Frühe Bildung in der Familie - Perspektiven der Familienbildung. Weinheim, S. 130-144.

Meier-Gräwe, U./Wagenknecht, I. (2011): Kosten und Nutzen früher Hilfen - Eine Kosten-Nutzen-Analyse im Projekt "Guter Start ins Kinderleben". In: Nationales Zentrum frühe Hilfen (Hrsg.), Materialien zu frühen Hilfen, Köln.

Meier-Gräwe, Uta (2009): Gedeihen trotz widriger Umstände?! – Teil 1 und 2. Zur Förderung von Resilienz bei armen Kindern und Jugendlichen. In: KiTa aktuell, 1/2009, S. 18-19 und 1/2009, S.37-40.

Pellander, F. (2003): ERIK – Zusammenarbeit hilft vorbeugen. In: AWO Bezirksverband Niederrhein (Hrsg.): Kleine Kinder Große Chancen. Initiativen und Netzwerke zur Armutsprävention bei Kindern und Familien, S. 36-58.

Pestalozzi-Fröbel-Haus (2010): Familienzentrum Mehringdamm. In: [http://www.pfhberlin.de/index.php?/de/inhalt/familienzentrum\\_mehringdamm](http://www.pfhberlin.de/index.php?/de/inhalt/familienzentrum_mehringdamm). 26.02.2021.

Schleicher, A. (2019): Weltklasse: Schule für das 21. Jahrhundert gestalten. Bielefeld.